

# Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Februar 2020

## JAHRESPLANUNG DER SPD FÜR OLSBRÜCKEN

**Traditionsgemäß kommen die SPD-Gemeinderatsfraktion in Olsbrücken und der Vorstand des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach im Februar eines Jahres zusammen, um die Aufgaben und Projekte, die man im laufenden Jahr eingehen will, festzulegen. So auch in diesem Februar, wobei Bürgermeister Harald Westrich und Ortsbürgermeister Walter Schneck auch zugegen waren. Bei dieser Zusammenkunft haben sich eine Anzahl von Maßnahmen ergeben, bei denen man einigen schwerpunktmäßig besondere Beachtung zukommen lässt.**

Besonders die Möglichkeit einer kompletten Entschuldung von Liquidationskrediten stand diesmal im Vordergrund (siehe auch den Artikel: „Olaf Scholz: Entschuldung der Kommunen“ in dieser Ausgabe der „Dorfschell“). Man war sich einig, dass in diesem Projekt die einmalige Chance steckt, dass Olsbrücken seine gänzliche Handlungsfähigkeit wieder erlangen kann. Immerhin hat Olsbrücken an Liquidationskrediten zurzeit eine Verschuldung von ca. 460000€, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 380€ entspricht. Diese Kredite sollen nach den Planungen jeweils zu 50% vom Bund und vom Land Rheinland-Pfalz getilgt werden. Die SPD Olsbrücken will dieses Projekt im Interesse Olsbrückens unbedingt unterstützen. Man will sich an die für uns zuständigen Bundestags- und Landtagsabgeordneten wenden, um deren Projektunterstützung zu gewinnen. Ebenfalls soll der Gemeinde- und Städtebund, die Interessenvertretung der kleinen Gemeinden, zum Zwecke der Hilfe angeschrieben werden. Letztlich war man sich einig, dass aus Gründen der Nachhaltigkeit nach erfolgter Entschuldung ein ausgeglichener Haushalt geschaffen werden muss, damit man nicht alsbald erneut in die Verschuldung rutscht. Die notwendigen Wege müssen in der Zukunft ermittelt und diskutiert werden.

Der Ausbau des **Mehrgenerationenplatzes** einschließlich des dort zu errichtenden Kleinkinderspielplatzes, für dessen Erstellung das Genehmigungsverfahren noch läuft, sowie die Renovierung des **alten Spielplatzes in den Lauterauen** sollen noch in diesem Jahr in Angriff genommen bzw. vollendet werden. Man will wesentliche Arbeiten am sog. **Mit-Mach-Tag**, veranstaltet von der Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg, am 29. August leisten lassen. Dabei sollen unter Federführung der Verbandsgemeindeverwaltung ehrenamtlich tätige werdende Personen aus der Bürgerschaft diese Ar-

beiten verrichten. Man will dabei die vorhandenen Gestaltungsideen zur Grundlage machen, schaut aber auch mit Interesse auf weitere Anregungen aus der Bürgerschaft. Diese können in den SPD-Kasten am Dorfplatz eingeworfen oder per Internet mitgeteilt oder einfach einem SPD-Mitglied genannt werden.

Desweiteren will man bei der Erstellung der QR-Code-Tafeln weiterkommen. Inhaltlich fertig sind diejenigen für die katholische Kirche und die Neumühle. Es müssen nur noch Plätze für das Aufstellen der Tafeln gefunden werden. Es fehlen noch die für die evangelische Kirche, den Steinbruch und eventuell die Oppenheimer Mühle.

Die Tafel am Kreissparkasengebäude ist unbedingt erneuerungsbedürftig. Auch sie soll noch in diesem Jahr neu gestaltet werden.

Die Herrichtung der Anlagen am Schulhof ist weiterhin Thema. Man nahm mit Befriedigung die Absicht der Verbandsgemeinde, die Eigentümerin eines Teils des Schulhofumfeldes ist, zur Kenntnis, eine weitere Linde zu pflanzen und diese mit einer Blumwiese zu umgeben.

Man diskutierte ausführlich den schleichenden Abbau der Aktivitäten der Kreissparkasse in Olsbrücken. Wohl wissend, dass diese Leistungsreduzierung eine unternehmerische Entscheidung ist, will man insbesondere im Interesse der älteren Bürgerinnen und Bürger, sich bei der Kreissparkasse für den Erhalt der Zweigstelle einsetzen.

In diesem Zusammenhang wird sich die SPD bei der DHL dafür stark machen, dass eine „Packstation“ nach Olsbrücken kommt. Diese könnte u.a. am Mehrgenerationenplatz stehen. Bei einer

„Packstation“ handelt es sich um einen oder mehrere Container, in denen in Fächern Pakete für die jeweiligen Empfänger gelagert werden. Diese können von den Empfängern unter Nutzung einer PIN-Nummer abgeholt werden.

Erfreut nahm man folgende Punkte zur Kenntnis: Der neue Leerstandsmanager Peter Wendel ist vom Ortsbürgermeister in sein Amt eingeführt worden und hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Die noch bestehenden Versorgungslücken bei der Breitbandversorgung sollen, wenn möglich, noch in diesem Jahr geschlossen werden. Nachdem die Mehrzahl der Häuser in Olsbrücken schon eine Versorgung mit 250Mbit hat, bestehen aber immer noch Lücken. Diese sollen nunmehr geschlossen werden. Ein Unternehmen, das diese Leistung erbringen soll, wird den entsprechenden Zuschlag bekommen. Der Förderantrag wird sodann formuliert und eingereicht

werden, was bis Frñhsommer diesen Jahres geschehen soll.

Die Ausschreibung für die Vergabe der Planungsleistungen für den Ausbau der Straße „Am Waldhof“ läuft. Es wird also demnächst mit den Arbeiten vorangehen.

**Erfreut nahm man im Vorstand des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach zur Kenntnis, dass schon viele Projekte umgesetzt worden sind oder sich auf dem Wege der Umsetzung befinden. Mit den schon beschlossenen Maßnahmen und den neu von der SPD in ihrer Februarsitzung ermittelten wird man übers Jahr genügend zu tun haben und hat die klare Möglichkeit, Olsbrücken ein gehöriges Stück voran zu bringen.**

## KOMMT DIE STROMKRISE?

**Der Strom kommt aus der Steckdose! Vielen genügt das. Sie machen sich keine Gedanken, woher er kommt und wie er in die Steckdose gelangt. Da der Strom aber nicht gottgegeben ist, muss er in Kraftwerken oder anderweitig hergestellt werden. Zurzeit im Wesentlichen durch Atom- und Kohlekraftwerke. Das soll sich ändern; das letzte Atomkraftwerk geht 2022 vom Netz, die Kohlekraftwerke sollen nach und nach bis 2038 „ihr Leben aushauchen“. Was dann? Durch regenerative, saubere Energien ist die gängige Antwort. Aber gerade dort drohen wir in eine Sackgasse zu geraten!**

Regenerativer Strom stammt in Deutschland überwiegend aus Windkraft und Fotovoltaik, mit dem Schwerpunkt Windkraft. Wasserkraft und Biogasverstromung gibt es auch, aber relativ geringfügig und kaum steigerbar. Während die Fotovoltaik sich kontinuierlich weiterentwickelt (Stichwort: Eigenverbrauch anstelle von Einspeisung ins Netz), geht der Zubau von Windkraftanlagen drastisch und dramatisch zurück. Wurden deutschlandweit im Jahr 2017 noch 1800 Windräder neu gebaut, waren es 2019 sage und schreibe **nur 276!** Wenn das sich so fortsetzt und nicht schnell gestoppt wird, werden wir tatsächlich eine Stromkrise erleben. Denn: Nur durch einen zügigen Ausbau der Windkraft schaffen wir die Strommengen heran, die wir als Ersatz für die Strommenge aus Atomkraft und Kohle brauchen. Alle anderen regenerativen Energieträger reichen für die Deckung des Strombedarfs bei weitem nicht aus. Und es kommt hinzu: **Wir werden zukünftig noch mehr Strom brauchen als bisher!** Denken wir nur an die Elektromobilität, deren weitere Entwicklung Unmengen von Strom brauchen wird. Denken wir an die Heizungsumstellung von fossilen Brennstoffen auf Strom (auch eine Wärmepumpe wird mit Strom betrieben). Und außerdem sagt man voraus, dass unsere sich weiterentwickelnde Gesellschaft und Industrie immer mehr Strom benötigen wird (zum Beispiel fressen Computer Strom regelrecht).

**Also: Strom muss her und dafür brauchen wir die Windkraft wie das tägliche Brot!**

Und was machen wir? Wir legen die Windkraftbranche nahezu still. Der Zubau der Windkraft war im Jahr 2019 um 77 Prozent (!) geringer als der durchschnittliche Zubau in den Jahren 2014-2018. Um es in Anlehnung an Trappatoni, dem früheren Trainer von Bayern München, zu sagen: **„Was erlauben Deutschland!“**

Diese Entwicklung hat klar erkennbare Gründe, nämlich zum einen die Angst der Politik vor einer vermeintlich ablehnenden Haltung in der Bevölkerung, zum anderen der verbreitete Gedanke in der Bevölkerung, dass Windkraftanlagen überall gebaut werden dürfen, nur nicht in der eigenen Nähe. Fernerhin ist ein gewaltiger Hemmschuh die Langsamkeit unserer überlasteten Justiz, die für die Entscheidung über Klagen gegen Windkraftterrichtung Jahre braucht.

Das Versagen in der Politik beginnt schon in der Bundesregierung und hier besonders beim zuständigen Wirtschaftsminister Altmeier. Nicht nur, dass er es bis heute nicht fertiggebracht hat, die Stromtrassen von Nord nach Süd, die den Nordseestrom in die Mitte und den Süden Deutschlands bringen sollen, zügig voranzutreiben. Nunmehr will er auch Windkraftanlagen in einem Umfeld von 1000 Metern von jeglicher Bebauung verbieten. In dem dicht besied-

delten Deutschland finden sich kaum Flächen, die bei solchen Abständen noch mit Windrädern bebaut werden könnten. Dabei muss man sich immer vor Augen halten, dass viele Flächen aus Umweltgründen (Vogelschutz, Naturschutz, Landschaftsschutz) für die Bebauung ausfallen ( in unserer Region u.a. der gesamte Pfälzerwald).

Auf regionaler und lokaler Ebene ist ein Bremsklotz die restriktive Praxis der Genehmigungsbehörden. Es werden unzählige Gutachten verlangt, endlose Anhörungen finden statt, Entscheidungen werden immer wieder vertagt, bis so mancher Investor aufgibt.

Und ganz besonders: die ablehnende Haltung so mancher Person aus der Bevölkerung. Zwar sind 89 Prozent der Deutschen gemäß Umfragen für den Ausbau der Windkraft, doch verwandelt sich diese Zustimmung bei so manchem Mitbürger in krasse Ablehnung, wenn eine solche Anlage in die Nähe seines Wohnsitzes kommen soll. Das nennt man **Sankt-Florians-Prinzip** („Heiliger Sankt Florian verschon mein Haus, zünds andere an) oder im **englisch sprachigen Raum** „Nimby-Effekt („Not in my backyard, nicht in meinem Hinterhof“). Kommt dann noch eine schwächelnde Rechtsprechung hinzu, kommt der Quasistillstand beim Windkraftneubau dabei heraus.

Das können wir uns nicht erlauben. Sonst geht es

uns beim Strom und der Energie wie in anderen Fällen in Deutschland: **Marode Infrastruktur, weil jahrelang die Straßen, die Brücken, die Bahntrassen, die Schulen, die Schwimmbäder usw. nicht in Stand gehalten wurden (gutes Beispiel aus unserer Region: der Zustand der beiden Hochstraßen in Ludwigshafen), Äußerst schleppender Ausbau der Digitalisierung; Deutschland ist auf diesem Gebiet auf dem Stand einer Bananenrepublik, Drohender Infarkt bei der Pflege. Trotz jahrelanger Mahnungen hat man den Pflegebereich seitens der Politik, der Verbände, der Unternehmen schleifen lassen, so dass jetzt Pflegekräfte in Krankenhäusern, im ambulanten Bereich an allen Ecken und Enden fehlen.**

Das darf bei der Stromenergie nicht passieren! Denn das Fehlen einer benötigten Strommenge wird jeden betreffen und wird uns ganz sauer aufstoßen. Deshalb müssen die Politik und die Genehmigungsbehörden endlich klare Kante zeigen und dem Windkraftausbau Vorrang geben. Und wir als Bürgerinnen und Bürger müssen die Windkraft akzeptieren, denn eine andere genügende Stromquelle haben wir nicht.

**Wenn wir Atomkraft und Kohleenergie hinter uns lassen wollen, brauchen wir Windkraft!**

### Liebe Bürgerinnen und Bürger,

In Frankelbach und Olsbrücken gibt es eine erfreuliche Entwicklung: Es tut sich etwas! In Frankelbach sind neben dem Ortsbürgermeister, Beigeordneten und Ortsgemeinderat die Bürger aktiv geworden. Sie haben in bemerkenswerter Solidarität mit der Dorfgemeinschaft viele Dinge in die Hand genommen. Und es funktioniert! Dieses System kann in dieser Komplexität auf Olsbrücken nicht übertragen werden. Dafür ist Olsbrücken zu groß und sind die Abläufe zu komplex. Deshalb haben der Ortsbürgermeister, die SPD Fraktion im Gemeinderat und der Vorstand des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach in einer Klausurtagung ein Jahresprogramm für 2020 erstellt. Die Bürgerinnen und Bürger haben der SPD in der Kommunalwahl das Vertrauen geschenkt und ihr für die Entwicklung Olsbrückens die Verantwortung übertragen. Dem wird die SPD gerecht. Mit diesem entwickelten Programm gibt es einen Handlungsrahmen für das Jahr 2020, der bei seiner Verwirklichung Olsbrücken voranbringen wird. Auch wenn nicht alles erreicht werden könnte oder sich zumindest verzögert, bleibt so viel übrig, dass ein wirklicher Fortschritt erreicht werden wird.

Bei den bundesweiten Entwicklungen, die auch immer ein Thema in der „Dorfschell“ sind, widmet

sich diese Ausgabe der „Dorfschell“ der Entschuldung der Kommunen und der starken Verzögerung des Windkraftneubaus. Man muss unserem Bundesfinanzminister Olaf Scholz ausdrücklich dafür danken, die Kommunalentschuldung in die Hand zu nehmen. Er ist der erste, der dies ernsthaft in Angriff nimmt. Wir können nur hoffen, dass er die Kraft haben wird, sich gegen die vielen Bedenkenträger, Perfektionisten, Interessenvertreter und wer da noch alles stören wird durchzusetzen. Wir sollten und müssen aus tiefem eigenen Interesse dieses Projekt positiv begleiten.

Die aktuelle Entwicklung beim Windkraftausbau ist ein Trauerspiel. Sieht man denn nicht, wohin das führt? Da sind zum einen viele unserer Mitbürger, die ihre eigenen Interessen über das Gemeinwohl stellen und dabei vor nahezu nichts zurückschrecken. Dabei überschauen sie, dass sie den Ast, auf dem sie sitzen, absägen. Denn auch sie werden unter einer Stromverknappung leiden. Und da sind die Politiker, besonders Wirtschaftsminister Altmeier in Berlin, die sich wegducken und versuchen, sich den Bevölkerungsgruppen, die besonders laut schreien, anzubiedern. Auch sie stellen ihre persönlichen Interessen, vermeintliche Wahlvorteile, über das Gemeinwohl.

Das muss sofort aufhören, denn ansonsten steuern wir wirklich in ein riesiges Problem!

## OLAF SCHOLZ: ENTSCHULDUNG DER KOMMUNEN

**Die finanzielle Lage der meisten Kommunen in Deutschland ist katastrophal. Von der Finanzmisere sind vor allem die großen Städte betroffen, aber auch viele kleine Orte, wie z.B. Frankelbach, Sulzbachtal und Olsbrücken. Das hat sich seit Jahren so entwickelt und ist auch allgemein bekannt. Nur getan hat sich nichts Entscheidendes, Abhilfe wurde nicht geschaffen.**

Dabei sind die Gründe für dieses Finanzdesaster seit langem bekannt:

- Stetiger Anstieg der Sozialverpflichtungen
- Ständig neue Aufgaben, verursacht durch die Bundes- und Landesgesetzgebung ( z.B. Kosten für die Betreuung, Unterbringung, Integration von Migranten)
- Allgemeine Aufgabenvermehrung mit Folgen eines erhöhten Personalbedarfs und damit steigender Personalkosten
- Steigerung vieler Standards ( z.B. in der Gebäudeausstattung, zusätzliche Kontrollen etc.)
- Fehlende genügende Finanzausstattung ( z.B. Erhöhung der zu zahlenden Umlagen, Wegnahme der Erträge aus der Grunderwerbssteuer).

Und vieles anderes mehr!

Nicht verschweigen darf man aber auch, dass so manche Kommune selbst über ihre Verhältnisse gelebt hat, indem sie z.B. üppige Schwimmbäder baute, luxuriöse Friedhofsmauern errichtete oder Straßen großzügig und kostenträchtig ausbaute.

Gegen den Trend des Aufdrückens von Leistungen von oben nach unten können sich die Kommunen mangels rechtlicher Möglichkeiten nicht wehren.

**Das Ergebnis ist verheerend! Eine übermäßig große Zahl von Kommunen kann sich mangels genügender Finanzierung nicht mehr rühnen. Mit der Folge, dass die Infrastruktur zerfällt, dass Leistungsangebote an die Bürgerinnen und Bürger nur noch gering oder gar nicht mehr gemacht werden können.**

Vielfach können Fördermittel nicht in Anspruch genommen werden, weil der Eigenanteil von den Kommunen nicht aufgebracht werden kann.

Beispiel: Das Possenspiel in Kaiserslautern um ein Tourismusprojekt. Fördermittel von 135000€ (90%) können nicht abgerufen werden, weil die Stadt Kaiserslautern den Eigenanteil von 15000€ (10%) nicht stemmen kann, nicht stemmen darf!

Also: Sehr viele Kommunen in Deutschland sind finanziell am Ende, völlig überschuldet und eigentlich insolvent, was bei Gebietskörperschaften aber rechtlich nicht geht.

Und über allem hängt zusätzlich das Damoklesschwert einer kräftigen Schuldzinserrhöhung. Wir sind zurzeit in einer Phase extrem niedriger Schuldzinsen. Man male sich aus, was geschähe, wenn die Schuldzinsen wieder steigen sollten, auf eventuell 6,7,8 Prozent Jahreszinsen, was in früheren Jahren schon der Fall war. Das so etwas einmal früher oder später kommen wird, ist bei Ökonomen unstrittig. Jahrelang hat man seitens des Bundes und des Landes diese Kalamität der Kommunen ignoriert und munter weiter die Gemeinden belas-

tet. Das war ja auch sehr angenehm und bequem: Man tat den Menschen Gutes, steckte das Lob ein, bezahlen mussten diese Wohltaten ja andere, nämlich die Gemeinden. Politisch waren da alle gleich, egal ob CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP; **gleiche Brüder, gleiche Kappen!**

**Nummehr hat unser Bundesfinanzminister Olaf Scholz endlich die Initiative ergriffen und bietet eine Entschuldung der am stärksten betroffenen Kommunen an, nach seinen Vorstellungen 2250 in Deutschland. Allerdings sollen sich an dieser Aktion auch die Länder beteiligen. Dies wird noch ein Hauen und Stechen geben.**

Fernerhin steht nicht fest, welche Kommunen in den Genuss der Entschuldung kommen werden und ob es eine Komplettentschuldung geben wird.

Die kleinen Gemeinden müssen darauf achten, dass sie bei der Aktion nicht unter die Räder kommen und die großen Städte mit ihren Riesenschuldenbergen nicht den gesamten Rahm abschöpfen. Eines ist aber sicher. **Sollte man darauf bestehen, dass die „selbstverschuldeten“ Schulden nicht ersetzt werden, wird die gesamte Maßnahme scheitern!** Denn über die Frage, was „selbstverschuldet“ ist, wird man sich bis in die letzte juristische Instanz streiten, so dass eine endlos lange Zeit verstreichen wird und damit das gesamte Programm ad absurdum geführt werden wird. Auch wenn es vielleicht nicht gerecht ist, muss man wegen der Praktikabilität auf die Unterscheidung zwischen „unverschuldet“ und „selbstverschuldet“ verzichten.

Bürgerinnen und Bürger sollten sich sehr wohl für dieses Problem interessieren und nicht denken, das wäre eine bloße Angelegenheit der Fachleute wie Bürgermeister, Ratsmitglieder, Parteien und Gruppierungen. Denn: **Bleiben die Schulden gänzlich oder im Wesentlichen erhalten, können die Gemeinden nicht oder nur in sehr begrenztem Umfang für ihre Bevölkerung agieren.**

### IMPRESSUM:

**Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscholnt kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.**

**Auflage dieser Ausgabe: 650  
Redaktion: Rolf Künne (V.I.S.d.P)**